

Kein Bürgerrecht für Ladendieb

Jugendlicher klatete, als sein Einbürgerungsprozess lief: Jetzt verwehrt ihm der Grosse Rat den Schweizer Pass.

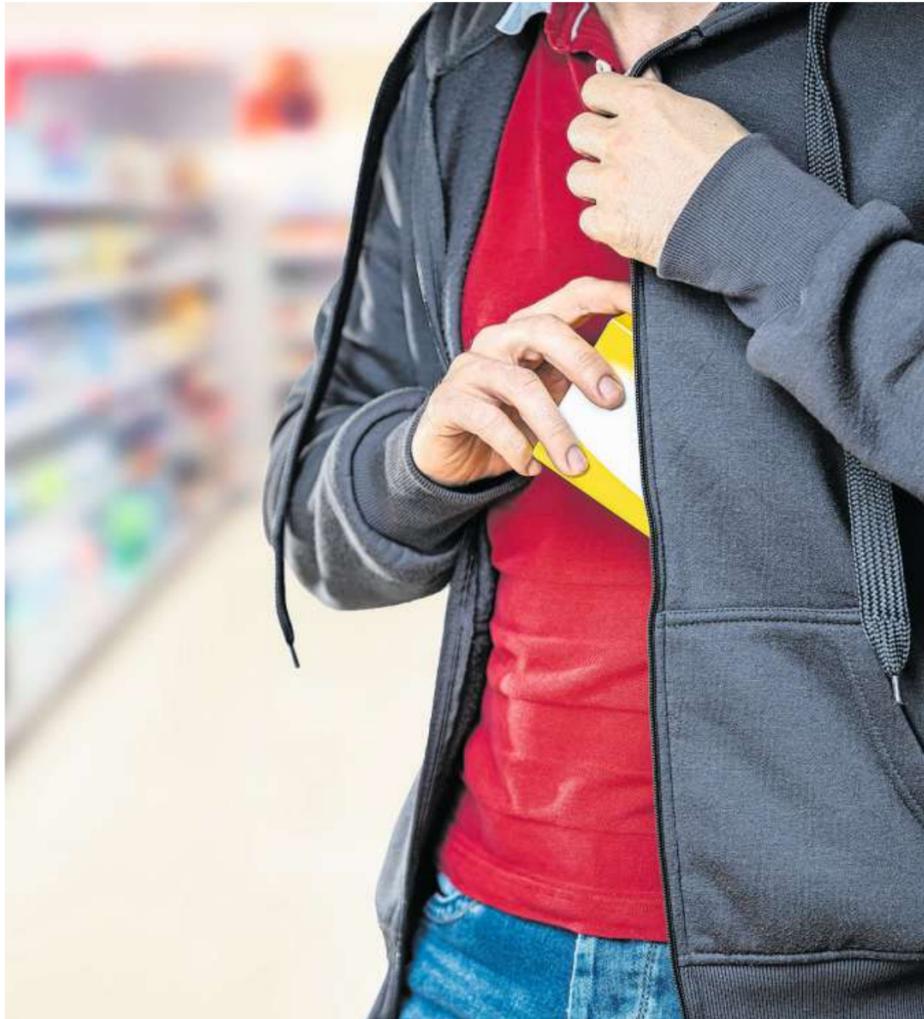
Dominic Kobelt

Der Grosse Rat musste an der heutigen Sitzung über eine Einbürgerung entscheiden. Die Gemeinde hatte dem Gesuchsteller das Gemeindebürgerrecht im Dezember 2020 zugesichert. Nach dem Entscheid der Gemeinde wurde im Rahmen der Abklärungen auf Kantonsebene festgestellt, dass der Jugendliche nach dem Gemeindeentscheid bei einem Ladendiebstahl erwischt wurde.

Der Jugendliche wurde im Frühjahr 2021 bei einem Diebstahl eines USB-Netzadapters und eines Hemdes erwischt. Dabei gab er an, dass er bereits zwei Mal zuvor T-Shirts aus dem Laden geklaut hatte – die Waren hatten zusammen einen Wert von 122.90 Franken. Die Einbürgerungskommission des Grossen Rates hat die Umstände genau untersucht, bekam reihum gute Prognosen, und empfahl die Einbürgerung zur Annahme, allerdings denkbar knapp: Der Beschluss fiel mit Stichentscheid des Kommissionspräsidenten Sander Mallien.

Nur eine Übertretung oder Respektlosigkeit?

Dieser erklärt den Grossrätinnen und Grossräten den Sachverhalt: Es handle sich beim Ladendiebstahl des damals 15-jährigen Schülers lediglich um eine Übertretung. «Eine Beschwerde würde, aufgrund der bisherigen Praxis, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gutgeheissen.» Anders sah das die Ratsrechte: «Der Erhalt des Schweizer Passes ist der Abschluss einer erfolgreichen Integration», erklärte Roland Büchi



Dreimal klatete der Gesuchsteller Artikel aus einem Geschäft, im Wert von rund 120 Franken. Bild: Getty

(SVP). Dazu gehöre auch, sich an die Gesetze zu halten. «Mehrfacher Diebstahl ist keine Bagatelle – es zeugt von einer kriminellen Energie.» Auch die FDP sah dies ähnlich. Beat Käser erklärte, man müsse dem

Schweizer Pass Sorge tragen. «Wenn jemand während des Einbürgerungsprozesses mehrere Diebstähle begeht, ist das respektlos und frech. Unsere Werte werden so mit Füßen getreten.» Rita Brem-Ingold (Die

Mitte) sprach von einem «Tolgen im Reinheft». Ansonsten sei dem Jugendlichen nichts vorzuwerfen. Er sei gut integriert und vernünftig genug, nun den rechten Weg zu gehen. Und Luzia Capanni (SP) fragte die Grossrätin

innen und Grossräte, ob ihnen im Jugendalter nicht auch einmal eine Dummheit passiert sei. Der Jugendliche habe seinen Lebensmittelpunkt in der Schweiz und habe sich nichts mehr zu Schulden kommen lassen.

Auch Mitte-Politiker waren gegen Einbürgerung

Harry Lütolf (Die Mitte) vertrat nicht die gleiche Position wie seine Parteikollegin Brem-Ingold. «Der junge Mann hatte seine Chance. Die Einbürgerung ist nicht ein Instrument zur Rehabilitation.» Der Mann könne in zwei oder drei Jahren wieder ein Gesuch stellen – «zuerst soll er sich aber ein, zwei Jahre bewähren.» Es sei dumm gewesen, das Delikt während des Einbürgerungsverfahrens zu begehen, sagte Lütolf. «Dummheit ist nicht strafbar, aber wir müssen sie auch nicht belohnen.» Lütolf zitierte zudem aus dem entsprechenden Gesetz, dass man als nicht erfolgreich integriert gelte, wenn man wiederholt Übertretungen begehe, was in diesem Fall geschehen sei.

«Ich hoffe, es gibt eine Beschwerde»

Weil sich auch Teile der Mitte gegen die Einbürgerung stellten, wurde bereits klar, dass das Gesuch abgelehnt würde, als Lea Schmidmeister (SP) das Wort ergriff. «Wir übersteuern hier heute vielleicht die Rechtsprechung. In gleich gelagerten Fällen gingen die Einbürgerungen durch.» Sie hoffe, dass der Gesuchsteller eine Beschwerde einreiche, so die Grossrätin. Trotz dieses Votums lehnte der Grosse Rat die Einbürgerung mit 74 Nein- zu 50 Ja-Stimmen ab.

Grossratsnachrichten

Erich Hunziker: Sofortiger Rücktritt als Grossrat

SVP Zu Beginn der Sitzung wird bekannt, dass Erich Hunziker (SVP) per sofort aus dem Grossen Rat zurücktritt. In einer beruflichen Führungsposition und als Gemeindeammann (Kirchleerau) sei es viel, zumal er mit bisher unbekanntem gesundheitlichen Problemen kämpfe. Für die gestrige Sitzung musste sich Hunziker abmelden. Er war der Nachfolger der im Oktober 2019 in den Nationalrat gewählten Martina Bircher. (mku)

Herznach-Ueken: Neue Gemeinde ab 2023

Fusion Die beiden Gemeinden Herznach und Ueken schliessen sich zusammen. Auf Gemeindeebene ist schon alles geklärt, in einer Urnenabstimmung hat die Bevölkerung beider Dörfer Ja gesagt zur Heirat. Jetzt musste der Grosse Rat dieser Verbindung per 2023, also der neuen Gemeinde Herznach-Ueken, seinen Segen geben. Den gab er diskussionslos. (mku)

Soll der Kanton Benzin und Diesel verbilligen?

Postulat Im Ständerat sind am Montag Vorstösse zur Vergünstigung von Benzin/Diesel abgelehnt worden. Morgen Donnerstag sind solche auch im Nationalrat traktandiert. Nicht auf Bern warten mag Grossrat Christoph Riner (SVP). Er lädt den Regierungsrat via Postulat ein, aufzuzeigen, wie Menschen mit tieferen und mittleren Einkommen im Aargau befristet entlastet werden können, dies infolge der massiv höheren Treibstoffpreise. Dabei seien unter anderem auch steuerliche Entlastungen mittels Steuerrabatt oder Steuerabzug aufzuzei- gen, schlägt Riner vor. (mku)

Streit um Schulordnung: «Ein Genderstern – oh jemine!»

Ratsrechte stört sich an der Hausordnung der Neuen Kanti Aarau.

Dominic Kobelt

Die Motion von Martin Bossert (EDU) verlangte die Durchsetzung der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter in Verwaltung und Schulen im Kanton Aargau, speziell bezüglich des Einsatzes typografischer Mittel wie Genderstern, Genderdoppelpunkt, Gender-Gap und Gender-Medio-punkt. Dies, weil in der Hausordnung der Neuen Kantonsschule Aarau nicht von Schülerinnen und Schülern gesprochen wird, sondern von Schüler*innen. Die Schule sei umgehend auf die geltenden Richtlinien hingewiesen worden, argumentierte der Regierungsrat. Weil dies der einzige Fall war, den die Motionäre anführten, erachtete er das Anliegen als erfüllt. Er erklärte sich zur Entgegennahme des Vorstosses bereit und beantragte gleichzeitig dessen Abschreibung. Diese wurde aber bestritten: Bossert fehlte in der Regie-

rungsantwort eine «proaktive Haltung». «Wir bedauern, dass der Regierungsrat auf weitere Beispiele nicht selber aufmerksam geworden ist.» Am Samstag hatte die Junge SVP in einer Medienmitteilung darauf hingewiesen, dass auch die SVA Aargau den Genderstern verwendet. Silvan Hilfiker (FDP) erklärte, dass seine Fraktion die Motion ebenfalls nicht abschreiben möchte. Der Regierungsrat mache es sich zu einfach. «Wir möchten keine Genderpolizei, aber eine verstärkte Sensibilisierung.»

Dagegen argumentiert Carol Demarmels (SP), dass die Genderschreibweise in vielen Bereichen bereits Tatsache sei. «Soll unseren Kantonsschulen tatsächlich verboten werden, was sich in Wirtschaft und Gesellschaft schon durchgesetzt hat?» Andreas Fischer Bargetzi (Grüne) wies darauf hin, dass es bei der Ablehnung der Genderschreibweise vielmehr um die Ablehnung von Menschen geht,

die sich nicht in die Geschlechterrollen einordnen wollten. «In der Hausordnung steht ein Genderstern – oh jemine!», sagte Lelia Hunziker (SP). Die rechtskonservative Ratshälfte witterte eine feministische Verschwörung. «Das hat die Sprachpolizei auf den Plan gerufen, Übertretungen sollen sanktioniert werden.» Sonst schreie man überall nach Liberalismus, so Hunziker. Dominik Peter (GLP) fand ebenfalls: «Wir brauchen keine Sprachpolizei im Aargau.»

Landammann Alex Hürzeler betonte, dass es wichtig sei, dass man sich an die Richtlinien halte, die sich an denjenigen des Bundes orientierten. Dies zu kontrollieren, sei aber nicht immer ganz einfach. «Wir erkennen aber keinen besonderen Handlungsbedarf, der über das hinausgeht, was wir schon tun.»

Die Entgegennahme war unbestritten. Die Abschreibung wurde mit 66 zu 62 Stimmen unterstützt.

Die Kanti Baden wird auf 66 Abteilungen ausgebaut

Grosser Rat genehmigt Projektierungskredit von 4,9 Millionen Franken, der Ausbau kostet später 51 Millionen.

Dem Rat lag eine Botschaft der Regierung vor, mit der diese einen Projektierungskredit von 4,9 Millionen Franken beantragte. Die Kanti hat dringenden Schulraumbedarf und benötigt eine Aufstockung auf 66 Abteilungen und damit einen Ersatz der Provisorien. Das war in der vorberatenden Kommission unbestritten, sagte Präsident Alfred Merz (SP). Der Baukredit (es geht dann um rund 51 Millionen Franken) folge später.

Die Herausforderung des Projekts liege darin, dass die nach Architekt Haller genannten Bauten im Schweizerischen Kulturgüterschutzinventar aufgeführt sind. Das vorgeschlagene Projekt passe in den Hallerraster. Das bisherige Provisorium müsse nach Inbetriebnahme des Neubaus zurückgebaut werden, da der Bau in der Grundwasserschutzzone steht und eine befristete Baubewilligung hat, sagte Merz weiter, und: «Mit 66 Abteilungen hat der Standort die maximale Be-

triebsgrösse erreicht.» Man Sorge sich aber ob der wegen des Ukraine-Kriegs uneinschätzbaren Entwicklungen der Baukosten, so Merz.

Im rot-grünen Ratsspektrum wurde die Erweiterung als absolut nötig und richtig gelobt. Dabei müsse man auf Nachhaltigkeit setzen, hiess es im Rat. Auch bei den Bürgerlichen kam die Vorlage gut an. Die Notwendigkeit des Ausbaus wurde auch von der SVP nicht wirklich bestritten. Christian Keller (SVP) fragte jedoch, ob man mit den hohen Kosten auf dem richtigen Weg sei? Die SVP lehnte den Kredit ab. Der Rat hiess ihn jedoch mit 91:36 Stimmen gut.

Im Jahr 2027 soll das Projekt fertig umgesetzt sein

So geht es weiter: Geplant sind im vierten Quartal 2023 die Beratung und der Beschluss für den Ausführungskredit. Baubeginn soll 2024 sein, die Übergabe an die Nutzer ist 2027 geplant. (mku)

Es regnet Prüfungsaufträge

Finanzen Der Rat hat eine sperrige Botschaft debattiert und in erster Lesung gutgeheissen. Es geht dabei um die «Optimierung der Steuerung von Aufgaben und Finanzen sowie des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen». Konkret wollte die Regierung ursprünglich damit die Schuldenbremse ändern, was von Bürgerlichen als Aufweichung angeprangert wurde. Die Regierung lasse die Schuldenbremse jetzt vorläufig unangestastet, so Finanzdirektor Markus Dieth in der Debatte.

Strittig ist aber auch, wer die Oberhoheit über die Lohnbeschlüsse hat: Wandern Kompetenzen zur Regierung, wie viele Bürgerliche befürchten, oder ändert sich hier letztlich nichts? Besonders stark vor einer Kompetenzverschiebung warnt die SVP. Zu umstrittenen Punkten gab es noch keine definitiven Beschlüsse. Dafür regnete es für die zweite Beratung der Vorlage Prüfungsaufträge an die Regierung. Erst in Kenntnis weiterer Antworten will das Kantonsparlament dann nächstes Jahr definitiv entscheiden. (mku)